



**MOHSSSEN MASSARRAT:  
BRAUCHT DIE WELT  
DEN FINANZSEKTOR?  
POSTKAPITALISTISCHE  
PERSPEKTIVEN**

VSA-Verlag,  
Hamburg 2017

ISBN 978-3-89965-725-8  
301 Seiten, 24,80 €

Der bekannte Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Mohssen Massarrat hat mit seinem jüngsten Buch eine kritische Analyse der Finanzwelt vorgelegt. Schon im Titel des Buches wirft er die provokante Frage auf: „Braucht die Welt den Finanzsektor?“ Und die Antwort lautet: Ja. Natürlich ist jedes Wirtschaftssystem auf eine effiziente Geld- und Kreditversorgung durch einen Finanzsektor angewiesen, nicht aber auf einen Finanzsektor, der sich von der produzierenden Realwirtschaft entkoppelt hat und quasi ein Eigenleben führt. Diese für die Wirtschaft – aber auch für den Staat – letztlich kontraproduktive Entkopplung war nur möglich, so die These des Autors, weil sich seit etwa Mitte der 1970er Jahre ein immer stärker werdender Paradigmenwechsel in Wirtschaft, Politik und auch Wirtschaftswissenschaft vollzogen hat.

Aber der Reihe nach: Das 301 Seiten umfassende Werk von Massarrat ist in sieben Kapitel unterteilt. Im ersten Kapitel werden „Missverständnisse über den Kapitalismus“ behandelt, indem eine Unterscheidung zwischen „Logischem und Historischem Kapitalismus“ vorgenommen wird. Mit der Differenzierung schafft der Autor aber mehr Verwirrung als Aufklärung. Dass der Kapitalismus unterschiedliche Phasen bis heute durchlaufen hat und anpassungsfähig ist, ist hinlänglich bekannt. Hierin begründet sich gleichzeitig, trotz oder gerade wegen seiner Dialektik, die Widerstandsfähigkeit des natürlich „logisch“ intendierten Profit- und Ausbeutungssystems. Dies gilt für alle Erscheinungsformen. Auch für die keynesianische Variante des Kapitalismus. Oder wurde hier die systemimmanente Ausbeutung eliminiert?

In dem von Mohssen Massarrat „historisch“ abgegrenzten Kapitalismus wird im zweiten Kapitel die Machtfrage zu einer „gestaltenden Ressource“. Hier knüpft er an die von Max Weber entwickelte Machtdefinition durch eine Erweiterung (Modifizierung) an. Das Kapitel gipfelt in der Conclusio, dass die reale Verteilung des erzeugten Reichtums in den einzelnen Staaten, wie auch im globalen Zusammenhang, nur dann nachvollziehbar gemacht werden (kann), wenn Macht als eine eigenständige Kategorie in die Analyse der Verteilungsvorgänge einbezogen würde“ (S. 58). Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Hier hätte man sich aber im Folgenden eine vertiefte und differenzierte Auseinandersetzung mit der Machtfrage gewünscht. Nicht nur bezüglich des Verhältnisses von „inhomogener Arbeit“ und „differenzierten Kapitalstrukturen“, sondern auch innerhalb der Kapitalfraktion selbst und der Aufteilung der Mehrwertmasse untereinander sowie im Verhältnis von „Staat als Oberbau“ und „Wirtschaft als Unterbau“ in einer kapitalistischen Ordnung.

Die historisch und analytisch gut abgefassten Kapitel 3 („Der Freihandelskapitalismus“) und 4 („Das Zeitalter der Umbrüche: Imperialismus und die erste Weltwirtschaftskrise“) zeigen konkret und gekonnt bestimmte Entwicklungsstadien des Kapitalismus auf. Das nationale profitheischende Kapital benötigt wegen eines Überprodukti-

ons-(Realisierungs-)Problems ständig Expansionsräume und ergreift schließlich so die ganze Welt. Massarrat setzt sich hier mit der klassischen Imperialismus-Definition als „höchste Entwicklungsetappe“ von Hilferding, Lenin und Luxemburg kritisch auseinander und steht auf der Seite von Hobson, der primär von einer falschen Einkommensverteilung oder genauer von einer „Dumpinglohn-Überschussproduktion“ und der zunehmenden Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Staaten ausgegangen ist. Auf die setzt auch der Autor. Genauso wie John Maynard Keynes an wirtschaftspolitische Reformen glaubte. Auch er wollte den Kapitalismus nicht abschaffen, sondern lediglich vor sich selbst retten.

Das fünfte Kapitel von Massarrat beschäftigt sich folglich konsequent und ausführlich mit dem Keynesianismus. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 entwickelte Keynes neben der „einzelwirtschaftlichen Rationalitätsfalle“ auch den kapitalistischen Widerspruch eines „Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung“ bzw. Arbeitslosigkeit. Aus dieser fatalen Krisensituation finden die privaten Akteure keinen Ausweg mehr. Nur der Staat ist hier in der kurzen Sicht noch in der Lage, durch ein *defizit spending*, ein staatlich antizyklisches kreditfinanziertes Ausgabenverhalten, die Krise aufzulösen. Keynes ging in seinen vollständigen Forderungen aber darüber hinaus. Er forderte auch Einkommensumverteilungen zugunsten der unteren Einkommen und in der langen Sicht Arbeitszeitverkürzungen zur Absorption der Produktivitäten, um so eine für das System gefährliche strukturelle Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es realiter zu einer Umsetzung der Keynesschen Theorie. Wohlfahrtsstaaten entstanden und die Beschäftigten partizipierten an den Produktivitätsentwicklungen mit ihren Einkommen. Es wurde sogar zugunsten der abhängig Beschäftigten umverteilt. Dies behagte den Kapitaleignern im Grunde nie! Ohne ein Steigen der Lohnquoten wäre aber ein Wachstum nach dem Krieg nicht möglich gewesen und auch die Sozialstaatlichkeit hätte keine Chance gehabt. Das Wirtschaftswachstum führte zur Vollbeschäftigung und starken Gewerkschaften. Mohssen Massarrat zieht daraus sein Resümee: „Erst auf der Grundlage der keynesianischen Wirtschaftspolitik konnte jene gesellschaftliche Fehlentwicklung, wie sie für den Freihandelskapitalismus charakteristisch war, grundlegend überwunden werden: die Strukturelle Überschussproduktion und der Zwang zur Exportexpansion gehörten der Vergangenheit an. (...) Hier gelang es den arbeitenden Menschen, vielleicht erstmalig in der Geschichte des Kapitalismus, den tatsächlichen Wert ihrer Arbeitskraft zu realisieren“ (S. 141). Aber, so muss man hier kritisch anfügen, nicht den vollen „Wert ihrer Arbeit“. Der Mehrwert, wenn auch ein geringerer, ging natürlich weiter an die Kapitaleigner. Schließlich ist der Kapitalismus während der keynesianischen Ära nicht abgeschafft worden.

Der Umbruch zur „neoliberalen Konterrevolution“ (S. 152) kam dann aber mit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75. Mit der Rückkehr der Arbeitslosigkeit wurde vom Kapital die Verteilungsfrage neu gestellt. Die Machtfrage kippte zulasten der Beschäftigten. In der Primärverteilung des Volkseinkommens ging sogar der verteilungsneutrale Spielraum verloren. Dies wiederum führte, so Massarrat, zu „überschüssigen Unternehmergewinnen“, die aufgrund sinkender Massenkaufkraft nicht in der Realwirtschaft investiert wurden, sondern in den sich dadurch immer mehr aufblähenden Finanzsektor flossen und fast in Regelmäßigkeit spekulative Finanzkrisen auslösten – die schwerste weltweite nach dem Zweiten Weltkrieg dann ab 2007. Dabei hat sich das Handelsvolumen im Finanzsektor seit 1975 von 5 % des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2015 auf 160 %, um das 32-Fache erhöht.

Im gleichen Zeitraum stieg auch die globale Einkommens- und Vermögensungleichheit dramatisch an. Und die Staatsverschuldung ist fast analog gestiegen. Da die neoliberale Politik grundsätzlich nach einem „schlanken Staat“ verlangt, der die abhängig Beschäftigten und die vermeintlich sozial Schwachen in der kapitalistischen Welt bekämpft, wurden Sozialkürzungen und Steuersenkungen fürs Kapital durchgesetzt. Das Kapital hatte keine Lust, die in der Primärverteilung durchgesetzte Steigerung der Profitquote in der Sekundärverteilung durch mehr Soziales und höhere Gewinn- und Vermögensteuern wieder abgeben zu müssen.

Gleichzeitig musste aber die Massenarbeitslosigkeit finanziert werden. So blieb nicht mehr viel für staatliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Soziales übrig, zumal die Politik auf die unglaubliche Idee der „Schuldenbremse“ kam. Den Staaten in der EU wurde damit eine Kreditaufnahme faktisch verboten. Heute gilt als Dogma in der Wirtschaftspolitik die „schwarze Null“ im Staatshaushalt. Als hätte es nie einen Keynesianismus in der Wirtschaftswissenschaft gegeben, verfolgt die herrschende politische Elite eine strikte verhängnisvolle Austeritätspolitik. Dies arbeitet Mohssen Massarrat im fünften („Keynesianischer Kapitalismus“) und sechsten Kapitel („Der Finanzmarktkapitalismus“), mit viel empirischem Material belegt, gut und verständlich geschrieben, heraus.

Nur einmal wurde noch seit etwa Mitte der 1970er Jahre das neoliberale Dogma unterbrochen. Auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 besann sich die herrschende Politik wieder auf Keynes. Die Angst der Herrschenden war riesig groß. Einige glaubten schon das „Ende der kapitalistischen Ordnung“ sei jetzt wirklich gekommen. Noch nie in der Menschheitsgeschichte sind dann aber so viele Staatsausgaben auf Kredit getätigt worden. Die Staatsverschuldung schoss in allen Staaten kräftig nach oben. In Deutschland auf gut 80 % des nominalen BIP. Andere Länder, wie insbesondere Griechenland, standen vor dem Staatsbankrott. Hätte es zur steigenden Staatsverschuldung eine Alternative gegeben? Ja natürlich! Ein massiver Kapitalschnitt

bei den Vermögenden. Hier hätte man sich von Massarrat mehr Input gewünscht. Natürlich waren aber die Kapitaleigner mit dem Kapitalschnitt nicht einverstanden. Die Politik schonte deshalb die Vermögenden und lud die Krisenlast auf das Konto Staatsverschuldung ab. So wurden am Ende die Reichen noch reicher. Dann sprach man von einer „Staatschuldenkrise“ und verlangte beim Staat Kürzungsorgien und eine weitere Beschneidung des Sozialen. Dies schafft in der Bevölkerung Unmut und äußert sich in Politikverdrossenheit, Wut über die herrschende Politik und mündet in eine rechtspopulistische Flucht breiter Schichten.

Im siebten und letzten Kapitel seines Buches versucht Mohssen Massarrat eine „Postkapitalistische Gesellschaftsordnung“ zu entwickeln. Hier reicht es ihm nicht, „allein die Banken zu zerschlagen, den Finanzmarktkapitalismus mit seinem sozialen Fundament als Ganzes aber bestehen zu lassen“ (S. 238). Massarrat setzt auf einen grundsätzlichen Umbau der kapitalistischen Ordnung, auf einen Postkapitalismus. Dabei ist ihm zunächst einmal eine „radikale Arbeitszeitverkürzung als gegenhegemoniales Projekt“ (S. 241ff.) sehr wichtig. „Die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist ein gesellschaftlich sinnvoller Schritt und eine Antwort zur Lösung vieler gesellschaftlicher Probleme“ (S. 244). Dem kann man sicher zustimmen. Arbeitszeitverkürzung reicht aber nicht. Das weiß auch der Autor. Für eine „Postkapitalistische Gesellschaftsordnung“ sucht er deshalb nach weiterem Veränderungspotenzial. Hier nimmt er bei verschiedenen Autoren, wie Elmar Altvater, Karl Georg Zinn und Saha Wagenknecht, geistige Anleihen. Ein geschlossenes alternatives Konzept entsteht so aber nicht. Es bleibt ein Flickenteppich. Warum sich hier Massarrat nicht mit der ordnungstheoretischen und in sich geschlossenen, viel weiter entwickelten Wirtschaftsdemokratie auseinandersetzt, bleibt unverständlich. Auch ein Bezug auf die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die seit über 40 Jahren konkrete wirtschaftspolitische Alternativen erarbeitet, fehlt völlig. Dennoch ist das Buch insgesamt ein gelungener Versuch, den Finanzmarktkapitalismus in seinen Grundlagen offen zu legen, ihn zu kritisieren und die dringende Notwendigkeit nach Alternativen aufzuzeigen. An Letzteren ist jedoch weiter vertieft zu forschen. ■

HEINZ-J. BONTRUP, GELSENKIRCHEN